

Zeitschrift für bündnisgrüne Politik in Sachsen

Aufwind

www.gruene-sachsen.de

September 2007

THEMA: Altern

mit Beiträgen von Elisabeth Scharfenberg, Elke Herrmann, Ursula Seubert, Gabriele Lobeck, Jürgen Dudeck, Mia-Elisabeth Krüger und Helga Scheurer

UMWELT

Alle Genmais-Flächen vernichten!

Rudolf Haas über die Forderung an die Staatsregierung und das grüne Flächenregister

SOZIALES

Eine Frage der sozialen Selbstbestimmung

Martin Böttcher berichtet von der sozialpolitischen Konferenz Anfang Juli in Leipzig

Vollbeschäftigung ist möglich?

Monika Lazar über einen Besuch des Modellprojekts Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg

LAG

Ökologie

Interview mit dem Sprecher Klaus Gaber zur Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie



Gegen
Studien-
gebühren!

Für eine neue Alterskultur in Sachsen

INHALT

| | |
|---------------------------------------|----|
| Editorial, Impressum | 2 |
| Wir brauchen eine neue Alterskultur | 3 |
| Das grüne Pflgereformkonzept | 4 |
| Heimaufsicht und Heimgesetz | 5 |
| Projekt „Zukunft teilen“ | 6 |
| Selbsthilfeinitiative Zeittauschbörse | 7 |
| Seniorenvertretungen | 8 |
| Neues Altern in der Stadt | 9 |
| Die grünen Alten | 10 |
| Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg | 10 |
| Sozialkonferenz in Leipzig | 11 |
| Vernichtung von Genmais-Flächen | 12 |
| Deutsche Soldaten im Auslandseinsatz | 13 |
| Nachrichten aus den LAG | 14 |
| Nachrichten aus den Kreisverbänden | 15 |
| Termine | 16 |

IMPRESSUM

**Aufwind – Zeitschrift für
bündnisgrüne Politik in Sachsen**

Herausgeberin der Landeszeitschrift
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Landesvorstand
Wettliner Platz 10, 01067 Dresden
Fon: 0351/494 01 08
Fax: 0351/496 19 75
E-Mail: info@gruene-sachsen.de

Redaktion:
Rudolf Haas (V.i.S.d.P.), Gundula Schmidt-
Graute, Hartmut Steglich

Redaktion Aufwind
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Wettliner Platz 10, 01067 Dresden
Fon: 0351/494 01 08
Fax: 0351/496 19 75
E-Mail: aufwind@gruene-sachsen.de

Bildnachweis nicht gekennzeichnete Fotos:
Hartmut Steglich, Archiv, privat, PR-Material

Redaktionsschluss: 23. Juli 2007
nächster Redaktionsschluss: 22. Oktober 2007

Editorial

Politik für alte Menschen ist Politik für alle Menschen!



Die Auswirkungen des demografischen Wandels, Alterung, Schrumpfung und Migration, betreffen uns alle. Die Entwicklung von Lösungsstrategien für unsere Zukunft kann sich nicht allein an Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen und Straßen orientieren, oder auf technokratische Anpassungskonzepte für öffentliche Haushalte und Verwaltungsstrukturen bis hin zur geplanten Kreisgebietsreform beschränken.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass auch alte Menschen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in ihrer bisherigen Umgebung führen können. Anpassung von Wohnungen und dezentrale Bereitstellung von Dienstleistungen unterstützten ältere Menschen in ihrer bisherigen Wohnumwelt. Unser immerwährender Einsatz für attraktive Innenstädte, gut ausgebaute Radwege, sichere Bürgersteige, sowie ein verbessertes Angebot an Bussen und Bahnen berücksichtigt gerade auch die Interessen älterer Menschen.

Gemessen an den gewaltigen Herausforderungen der globalen Wirtschaftsentwicklung und den Konsequenzen daraus, brauchen wir aber auch eine neue gesamtgesellschaftliche Diskussion. Wir müssen darüber reden wie Arbeit in bürgernahen Strukturen neu verteilt werden kann und wie wir dem Ziel der sozialen Selbstbestimmung näher kommen.

Nach wie vor ist ein Wertewandel unverzichtbar. Lebensqualität soll sich nicht vornehmlich in Besitztum und Verbrauch ausdrücken; es geht vielmehr um ein menschenwürdiges, erfülltes Leben bei intakter Umwelt und Solidarität unter den Menschen – weltweit ohne Hass und Gewalt und die erdrückende Übermacht des Geldes.

Dieser Aufwind ist schwerpunktmäßig der Altenpolitik gewidmet und soll, wie alle anderen Ausgaben bisher auch, dazu beitragen, dass wir aktuelle politische Themen innerparteilich präsentieren und diese, sofern es nicht klare Parteipositionen dazu gibt, auch aus verschiedensten Gesichtspunkten beleuchten.

Rudi Haas, Landesvorsandsprecher
rudolf.haas@gruene-sachsen.de

PS: Wir haben bemerkt, dass nicht alle Leserinnen und Lesern wissen, wer den „Aufwind“ eigentlich macht.

Der „Aufwind“ wird von einer Redaktionsgruppe bestehend aus den beiden Landesvorsandsprechenden Eva und mir, den auf Honorarbasis arbeitenden Redakteuren Gundula Schmidt-Graute (Artikel) und Hartmut Steglich (Nachrichten, Termine, Fotos) sowie den interessierten Mitgliedern Jens Blitzka (KV Hoyerswerda) und Domenico Gruhn (KV Bautzen) erarbeitet. Bei Bedarf bitten wir Mitglieder mit Sachverstand zum Themenschwerpunkt der Ausgabe dazu. Jedes Heft wird in einer Redaktionssitzung vor- und nachbereitet. Zwischenzeitlich halten wir über eine Mailingliste Kontakt, in die auch die Landesgeschäftsstelle eingebunden ist. Wir freuen uns über weitere Mitstreiter, die an unserem „Aufwind“ mitarbeiten. Kontakt über aufwind@gruene-sachsen.de oder 0351 / 494 0108

Wir brauchen eine neue Alterskultur in Sachsen

Der demografische Wandel findet statt und er legt uns eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen des Alters nahe. Denn Alter ist nicht biologisch definiert, sondern sozial. Eine wesentliche Rolle spielt die Einbindung in Erwerbsarbeit, weil gesellschaftliche Teilhabe bisher unmittelbar daran gebunden war. Menschen können und wollen auch im Alter ein selbstverantwortliches und mitverantwortliches Leben führen – auch außerhalb von Berufstätigkeit.

Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, um jedem Einzelnen im Alter Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen und somit auch Impulse für unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

Bei den zukünftigen Alten wird sich mehr als in der Vergangenheit die Vielfalt der Lebensstile und Biografien auswirken. Alternsprozesse verlaufen individuell. Sie sind durch verantwortliches oder riskantes Verhalten, durch anregende und hemmende Umweltbedingungen und gezielte Prävention beeinflussbar. Deshalb müssen Prävention und Gesundheitsförderung von Kindesbeinen an im Lebensumfeld der Menschen – Kita, Schule, Betriebe – verankert sein. Schon jetzt ist die gestiegene Lebenserwartung auch mit einem Mehr an gesunden Jahren verbunden, in denen Erfahrungen und Kompetenzen neu erworben oder ausgebaut werden können.

Unter diesen Vorzeichen müssen wir wesentliche Fragen diskutieren: Wie werden Jung und Alt in Zukunft miteinander leben? Welche Möglichkeiten, welche gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung können wir für Menschen im Alter eröffnen?

Wir GRÜNEN wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Alter in seiner ganzen Vielfalt als lebenswert, selbstbestimmt und verantwortlich erfahrbar wird. Wir wollen den Freiraum schaffen für selbstverantwortete und -organisierte Lebens- und Arbeitsformen. Notwendige Voraussetzung sind demografiefeste soziale Sicherungssysteme. Ein individueller Anspruch auf Grundversorgung eröffnet Menschen in allen Lebensaltern den notwendigen Gestaltungsfreiraum.

So verstandene Altenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie umfasst alle Lebensbereiche. Wohnen und Stadtentwicklung, Möglichkeiten der Mobilität im Alter, Berufstätigkeit und Freiwilligenengagement, Angebote der kulturellen Bildung, medizinische Versorgung und Unterstützungsformen im Alltag. Und diese Altenpolitik ist auch generationengerecht, denn das Wohnumfeld, der Stadtteil ist das Zentrum einer Gemeinschaft der Genera-

tionen. Dort findet Begegnung statt und es ist eine Lust sich zu treffen.

Sachsen hat zwar eine Enquête-Kommission Demografie, aber zum Querschnittsthema ist Alter deshalb noch lange nicht geworden. Altenpolitik findet außerhalb des Sozialministeriums auf Landesebene nicht statt!

Im oben beschriebenen Sinn sind die Kommunen als unmittelbare Lebenswelt herausgefordert, den demografischen und den sozial-strukturellen Veränderungen Rechnung zu tragen. Dringend erforderlich ist z.B. der Ausbau von stadtteilbezogenen Betreuungs- und Unterstützungsangeboten und barrierefreien Wohnmöglichkeiten – allein oder in Gemeinschaft.

Dazu gehört ein öffentlicher Raum, der Menschen mit körperlichen Einschränkungen gerecht wird, mit flachen Bordsteinkanten und Bänken zum Ausruhen und Einkaufsmöglichkeiten um die Ecke. So schaffen Kommunen die Voraussetzungen für Engagement und Selbsthilfe älterer Menschen und zu einem funktionierenden Gemeinwesen.

Für Ministerpräsident Georg Milbradt und die sächsische CDU sind dagegen Entwicklungsachsen nur Autostraßen, auf denen die Jungen in die Städte zur Arbeit fahren oder gleich weg aus Sachsen. Alte bleiben zurück und werden allein zu einer zunehmenden Belastung für schrumpfende Kommunen.

Altern bedeutet auch Grenzen zu erfahren, die uns schmerzlich die Endlichkeit des Lebens deutlich machen. Eine Begleitung und Versorgung von Pflegebedürftigen, Demenzkranken und Sterbenden darf nicht übersehen, dass auch gravierende Einschränkungen der Selbstständigkeit eine selbstverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung nicht ausschließen. Die grünen Vorschläge zur Reform der Pflegeversicherung und des Heimrechtes tragen diesem Gedanken Rechnung.

Alter ist kein Zustand sondern eine Chance!

Elke Herrmann, Mitglied des Landtages
elke.herrmann@slt.sachsen.de



Elke Herrmann, parteilos, ist in der Landtagsfraktion für die Sozialpolitik zuständig

Das grüne Pflegereformkonzept



Elisabeth Scharfenberg ist Sprecherin für Pflegepolitik der Bundestagsfraktion

Nachdem die große Koalition im Juni Eckpunkte für eine Reform der Pflegeversicherung vorgestellt hat, fragt man sich wofür sie sich im Vorfeld der Reform soviel Zeit gelassen hat. Der vorgelegte Maßnahmenkatalog ist inhaltlich wie finanziell allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Bereits im September 2006 hatte dagegen die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Gesamtkonzept zur Reform der Pflegeversicherung vorgelegt – lange bevor die Koalition bereit war, die Dringlichkeit dieser Reform anzuerkennen.

Ziele grüner Pflegepolitik

Unser Reformkonzept orientiert sich an zwei Prämissen: der konsequenten Nutzerorientierung und der Stärkung ambulanter und alternativer Pflege- und Wohnformen. Vor der Finanzierungsfrage war uns dabei die Strukturreform wichtig. Denn für uns stand fest: Erst wenn wir wissen welche Pflege wir brauchen, können wir sagen was eine Reform der Pflege kosten wird und welches Finanzierungskonzept erforderlich ist. Deshalb haben wir ein Gesamtkonzept ausgehend von den Bedürfnissen der Betroffenen entwickelt, in dem die verschiedenen Maßnahmen ineinander greifen. Einige davon werden nachfolgend skizziert.

Für eine nutzerorientierte Pflege

Grundlegend für eine nachhaltige Pflegereform ist für uns die Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Anders als bisher soll er körperliche, psychische und soziale Defizite, aber auch Bedürfnisse und Ressourcen einbeziehen. Prävention und Rehabilitation vor und während der Pflegebedürftigkeit sollen gestärkt werden. Wir plädieren für eine qualitative und quantitative Ausweitung unabhängiger Pflege- und Wohnberatungsstellen und für die Etablierung von unabhängigen Einzelfallmanagern (Case-Manager) Sie sollen die Pflegebedürftigen und Angehörigen dabei unterstützen, individuell sinnvolle Pflegearrangements zu finden.

Um die Nutzer zu stärken, befürworten wir die mittelfristige Einführung des Pflegebudgets. Betroffene können hierdurch unterstützende Angebote jenseits des starr

vorgegebenen Leistungskatalogs der Pflegeversicherung einkaufen. Für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fordern wir eine gesetzliche Pflegezeit, die durch eine Lohnersatzleistung und Kündigungsschutz Arbeitnehmer/innen Zeit und Raum für die Organisation der Pflege und für Sterbebegleitung bieten soll.

Das grüne Reformkonzept steht für eine konsequente Förderung und Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung wie alternativer Wohn- und Versorgungskonzepte. Um eine konsequente Umsteuerung von stationär zu ambulant zu erreichen, treten wir für eine Angleichung der ambulanten und stationären Leistungssätze ein. Im stationären Bereich fordern wir ein neues Pflegeverständnis, dass sich deutlich stärker an den Biografien der Menschen und ihrer Vorstellung von Häuslichkeit orientiert.

Pflege solidarisch finanzieren

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger in einer solidarischen Pflege-Bürgerversicherung zusammenfassen. Wir plädieren für die Aufhebung der Trennung zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen, wobei alle Einkommensarten zur Beitragsbemessung herangezogen werden. Wenn die finanziellen Mittel für die verbesserten Pflegeleistungen nicht ausreichen, ist für uns eine Erhöhung des Beitragssatzes für die Pflegeversicherung kein Tabu.

Wir fordern, im Sinne der Generationengerechtigkeit, den Aufbau einer Demografiereserve. Sie sollte innerhalb des Systems über einen solidarischen Zusatzbeitrag angelegt werden. Diese Reserve ist unerlässlich, damit auch nachfolgende Generationen im Alter für den Fall der Pflegebedürftigkeit noch abgesichert sind. Denn Pflegebedürftigkeit ist ein Risiko, das uns alle früher oder später betreffen kann.

Elisabeth Scharfenberg, Mitglied des Bundestages
elisabeth.scharfenberg@bundestag.de

WEITERE INFORMATIONEN

Positionspapier (Kurzfassung)

www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/148/148183.pdf

Positionspapier (Langfassung)

www.gruene-bundestag.de/cms/gesundheit/dokbin/161/161950.pdf

Pflegezeit

www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/189/189617.beschluss_pflegezeitgesetz.pdf

Broschüre „In Würde leben“

www.gruene-bundestag.de/cms/gesundheit/dok/191/191499.in_wuerde_leben.htm

Die Papiere können auch über das Bundestagsbüro angefordert werden, Tel. 030/227-74 531

Leben als PflegebedürftigeR: Wunsch und Wirklichkeit

Wie die meisten Menschen wünsche ich mir wenn ich alt bin, noch in meiner vertrauten Wohnung leben zu können. In ein Heim möchte ich nicht ziehen müssen! Welche Hilfe und Pflege werde ich dazu brauchen? Bleibt sie bezahlbar?

Die Pflegeversicherung hat einen vielfältigen Markt mit Anbietern von ambulanten und stationären Dienstleistungen ermöglicht. Für stationäre Angebote ist das bisherige Heimrecht der rechtliche Rahmen. Es dient vor allem dem Schutz der HeimbewohnerInnen. Bei allen Angeboten, die Wohnen mit Betreuung und/oder Pflege kombinieren, stellt sich deshalb zuerst die Frage: Heim oder nicht Heim?

„Heimaufsicht und Heimgesetz in Sachsen müssen dringend verbessert werden.“

Ist es ein Heim, hat die BewohnerIn geringen Spielraum, was individuelle Wohn- und Lebenswünsche angeht. Ottilie Normalverbraucherin zieht mit etwa 85 Jahren ins Heim und lebt dort noch etwa zwei Jahre bis sie verstirbt. Ihr restliches Leben ist der inneren Logik des Heimes unterworfen. Dieses Problem stellt sich ab einer bestimmten Platzzahl. In Sachsen haben die Pflegeheime im Schnitt 80 Plätze. In Skandinavien plant man nur noch Wohngruppen mit maximal acht Personen. Einzelne Fachleute halten Einrichtungsgrößen mit bis zu 20 Personen für noch akzeptabel. Ist es ein Heim, hat das aber auch für den Träger rechtliche Konsequenzen. Sie reichen von baulichen über Personal- und Hygienevorschriften bis zur staatlichen Heimaufsicht. Die Heimaufsicht ist in Sachsen bei den Regierungspräsidien angebunden. Dort sind wenige Mitarbeiterinnen mit insgesamt 11,5 vollen Stellen für weit über 40000 Heimplätze zuständig. Die Heimaufsicht berät Betroffene, deren Angehörige sowie die Träger von Einrichtungen und kontrolliert die Heime auch, mit Konsequenzen bis hin zur Schließung eines Heims. Diese Aufgaben können von den wenigen Mitarbeiterinnen der Heimaufsicht kaum geschultert werden. Sachsen ist hier im Bundesvergleich eines der Schlusslichter. So kann die Heimaufsicht von sich aus kaum Missstände aufdecken. Sie reagiert allerdings, wie der Fall des Dresdner Elsa-Fenske-Heims zeigt, nach erfolgter Meldung wirksam.

Dem bisherigen Heimrecht ist die Realität davon gelaufen. Neben Heimen gibt es vielfältige Wohnformen mit Service- oder Pflegeangeboten die nicht unter das Heimrecht fallen. Daher muss das Heimrecht dringend reformiert werden. Seit der Föderalismusreform I ist es Ländersache. In Sachsen ist bislang nur ein Altenhilfestrukturegesetz angekündigt. Ein Altenhilferahmenplan wurde im Juli 2007 vom Kabinett verabschiedet. Beides ist in jedem Fall zu kurz gesprungen. Denn das bisherige Heimrecht umfasst alle stationären Einrichtungen, auch die für Menschen mit Behinderungen.

Das Heimrecht muss in ein Einrichtungs- und Dienstrecht umgestaltet werden.

Denn wir wollen einen Paradigmenwechsel – weg von einer institutionalisierten, rein auf Pflegeabläufe ausgerichteten Versorgung, hin zu einer an den individuellen Bedürfnissen dieser Menschen orientierten Alltagsgestaltung. Das ist die Vision für die hoffentlich nähere Zukunft.

Die Schritte bis dahin heißen:

- Der Mensch mit seinem individuellen Hilfebedarf steht im Mittelpunkt der Aushandlung und Gestaltung der Hilfe.
- Die pflegebedürftigen und behinderten Menschen und ihre Angehörigen werden interessenunabhängig beraten und begleitet.
- Alle Einrichtungen und Dienste arbeiten nach einer jeweils veröffentlichten Konzeption. Das Angebot ist dadurch transparent und vergleichbar. Leistungen, die nicht erbracht werden, sind einklagbar.
- Die Teams in Einrichtungen und Diensten arbeiten multiprofessionell. Ihre Zusammensetzung richtet sich nach der jeweiligen Konzeption. Fachkräfte sind nicht mehr ausschließlich Pflegekräfte.
- Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der NutzerInnen werden gestärkt.
- Einrichtungen müssen sich zum Stadtteil oder zur Gemeinde öffnen und vor Ort kooperieren.
- Tradierte Wohnformen werden unterstützt und zugleich neue Wohn- und Betreuungsformen ermöglicht.
- Zusätzlich brauchen wir soziale Netzwerke und mehr Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen und pflegeergänzender Hilfen und psychosozialer Begleitung.



Ursula Seubert
ist parlamentarische
Beraterin der
Landtagsfraktion

Ursula Seubert, KV Dresden

Interview mit Gabriele Lobeck über **Zukunft teilen** das Projekt „Zukunft teilen“ am 23. April 2007 in Dresden



Gabriele Lobeck ist Mitglied im KV Dresden

Liebe Gabi, was war das für ein Projekt?

Der Dresdner Stadtverband hatte zu diesem Workshop zum Thema „Zukunft“ geladen. Leiter war der Vorstandssprecher Achim Wesjohann. Jürgen Dudeck und ich übernahmen Vorbereitung und Organisation, die Moderation das Ehepaar Schmerschneider. Es ging um die verschiedenen – oder ähnlichen – Zukunftsvorstellungen von Menschen aus verschiedenen Generationen.

Wie viele Menschen aus welchen Altersgruppen waren dabei?

Es waren zehn Berufsschüler und Studenten im Alter von 17 bis 21 Jahren, zehn Personen im Alter von 60 bis 80 und fünf aus der mittleren Generation, also zwischen 30 und 45 Jahre alt.

Wie lief der Workshop ab?

Zunächst gab es einen thematischen Einstieg zum Kennenlernen, anhand von alltäglichen Gegenständen konnte jeder einzelne seine Gedanken zu seiner eigenen oder zur gesellschaftlichen Zukunft formulieren. Danach erarbeiteten alle eine Sammlung von Stichpunkten zum Thema, aus der sich drei herauskristallisierten: 1. Familie/Gemeinschaft, 2. Arbeit/Bildung und 3. Umwelt/Klimawandel. Diese Themen wurden in drei altersgemischten Gruppen diskutiert, beschrieben und bildhaft dargestellt. Es entstand eine kleine Galerie, anhand derer die Ergebnisse der Gruppen vorgestellt wurden. Nach der Mittagspause folgte ein Vortrag.

Und wie waren die Ergebnisse der Arbeitsgruppen?

Interessanterweise hatten die Teilnehmer schon mit der Auswahl der drei Themenkreise intuitiv das große Thema Nachhaltigkeit als wichtig erkannt. Dabei lagen zumindest Ängste und Hoffnungen der gemeinsamen Zukunft bei Alt und Jung nicht weit auseinander. Die Sprecherin der Berufsschulgruppe erklärte, die Realisierung ihrer Zukunftsvorstellungen sei zu sehr von Zufällen abhängig und die Globalisierung beeinflusse zukünftige Arbeit und Wohnort stark. Die Ausbildung Jugendlicher müsse flexibler Theorie und Praxis vermitteln. Ältere Teilnehmer ermutigten mit teilweise bunten Lebensläufen, dass rückblickend auch Umwege als sinnvoll erkannt werden und zu einem Ziel führen.

Kannst Du noch kurz etwas zu dem Vortrag sagen?

Den Vortrag hielt Professor Stahmer vom Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld. Er ist Historiker und Volkswirt mit dem Schwerpunkt volkswirt-

schaftliche Gesamtrechnung und vertritt die „konkrete Utopie der Halbtagsgesellschaft“. Sie soll zu einem sozial nachhaltigen Deutschland führen und ist als Gegenentwurf zu den vorherrschenden Bestrebungen zu verstehen, unsere Zukunft allein ökonomischen Maßnahmen und Prioritäten anzuvertrauen. Alle erwerbstätigen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht sollen im langjährigen Durchschnitt die Hälfte ihrer Arbeitszeit für bezahlte Erwerbsarbeit, die andere Hälfte für unbezahlte Haus- und Familienarbeit und soziales Engagement in seinen verschiedenen Formen verwenden.

Hatte die Veranstaltung ein Ziel?

Ja, wir wollten einen Impuls für die Gründung einer Arbeitsgruppe „Grüne Alte“ geben, das hat aber nicht funktioniert. Inzwischen haben wir eine AG Generationenpolitik gegründet und wir werden sehen, ob sich das bewährt. Wichtig sind die neu entstandenen generationenübergreifenden Kontakte und Vernetzungen, auf die wir nun zurückgreifen können.

Soll es bei dieser einen Veranstaltung bleiben?

Ursprünglich sollte dieser Workshop ein Modell für weitere ähnliche Veranstaltungen in ganz Sachsen sein. Davon sind wir aus organisatorischen Gründen abgekommen. Aber solche Veranstaltungen sind wichtig, damit sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch als Partei der sozialen Themen ins Gespräch bringt.

Machst Du sonst etwas zum Thema?

Ja, ich arbeite beim Dresdner Generationencafé mit. Das hat sich aus einem Workshop im Rahmen der 800-Jahr-Feier Dresdens im Jahr 2006 entwickelt. Allerdings befinden wir uns damit immer noch sehr im Anfangsstadium.

Vielen Dank für das Gespräch.

Gabriele Lobeck ist 70 und gelernte Gesundheitsfürsorgerin. Nach einer langen Familienpause wegen ihrer vier Kinder machte sie mit 50 Jahren eine Ausbildung zur Musiklehrerin im Nebenberuf.

Das Interview führte Gundula Schmidt-Graute.

Heute helfen, um morgen vielleicht Hilfe zu bekommen

Die Selbsthilfeinitiative „Zeittauschbörse“

Wer könnte mir helfen, wenn ich mich mal nicht allein versorgen kann, sei es bei Krankheit, nach einer Operation oder bei Pflegebedürftigkeit? Diese Frage beschäftigt zwar vorwiegend allein lebende ältere Menschen.

Doch wer selbst schon mal in einer solchen Situation war oder sich um die Versorgung von Angehörigen kümmern musste weiß, die Finanzierung von Pflegediensten durch Kranken- und Pflegekassen deckt bestenfalls das Notwendigste ab. In den meisten Fällen muss man benötigte Hauswirtschaftsdienste und andere Hilfeleistungen von Sozialstationen und privaten Anbietern selbst bezahlen oder sich um Hilfe durch Angehörige, Freunde und Nachbarn kümmern.

Angesichts der demografischen Entwicklung und voraussehbarer Altersarmut ist eine grundlegende finanzielle und organisatorische Reform der Pflegeversicherung längst überfällig.

Gespräche in den Landesarbeitsgemeinschaften Christinnen und Christen sowie Soziales im Landesverband Sachsen und ein Artikel in der kritischen katholischen Zeitschrift Publik-Forum (Nr. 14/2004, S. 11f) regten mich an, Mitwirkende zu sammeln und eine in Japan seit 1996 erfolgreiche Verfahrensweise auch in Sachsen, zumindest in Dresden zu erproben.

Das von uns „Zeittauschbörse“ genannte Vorhaben ist eine Form der Selbsthilfe. In einer Auftaktveranstaltung am 11. April in Dresden wurden mit Unterstützung von Gerhard Fischel, Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Dresden, Interessierte informiert, um Mitwirkende zu gewinnen.

Geplant war folgendes: Wer Unterstützung benötigt, bestellt diese bei einer Koordinatorin der Initiative. Die Koordinatorin vermittelt eine/n geeignete/n Helfer/in aus dem Kreis der Einsatzkräfte. Hat der Hilfesuchende keine „Punkte-Gutschrift“, zahlt er einen für die Leistung üblichen Betrag.

Wer anderen hilft, erhält hierfür eine Aufwandsentschädigung, z. B. für Fahrgeld. Weiterhin erhalten die Helfenden für ihre Leistungen wie bei einem Tauschring Punkte auf ihrem Helferkonto gutgeschrieben. Zusätzlich zum Verwaltungsaufwand ist aber noch ein Anteil für Aus- und Weiterbildung der Helfenden als Kosten abzuziehen, soweit nicht anders finanzierbar. Die Höhe der Gutschrift richtet sich nach dem Ziel und der Schwierigkeit der Hilfeleistung. Die Gutschrift auf dem Zeit-Sparkonto kann man für sich aufbewahren oder auf hilfsbedürftige Verwandte übertragen. Dies ist z. B. für weit von unterstützungsbe-

dürftigen Eltern und Großeltern von entfernt studierenden oder arbeitenden jüngeren Menschen günstig.

Damit die „Punkte-Gutschrift“ nicht verloren geht, wird ein entsprechender Betrag auf einem sicheren Konto angelegt, z. B. bei einer Stiftung, einem Wohlfahrtsverband oder einer Genossenschaft. Von dem Konto werden bei Bedarf Hilfsdienste bei Unternehmen und Vereinen für auswärtige Punktenutzer finanziert, weil hier noch nicht wie in Japan eine landesweite Punkteverrechnung möglich ist.

Doch war die Teilnahme an der Informationsveranstaltung trotz guter Öffentlichkeitsarbeit gering. Es meldeten sich mehr Menschen, die kostenlose Hilfe wünschten, als solche, die helfen wollen und können. Die Ursachen für das mangelnde Interesse sind:

- Wer ein gutes Einkommen hat, zahlt lieber einen höheren Versicherungsbeitrag.
- Jüngere und rüstige Menschen meinen, Pflegevorsorge habe noch Zeit, das Problem wird verdrängt.
- Viele sind skeptisch, ob es für die bei der Initiative geleistete Hilfe später auch eine Gegenleistung geben kann. Dies ist ohne Unterstützung einer starken Organisation tatsächlich fraglich.

Mit lediglich acht zur Hilfeleistung bereiten Interessierten kann das Modell nicht in der gewünschten Form umgesetzt werden, sondern bestenfalls punktuell. Deshalb wurde an dem Projekt Interessierten empfohlen, sich an einen Tauschring in ihrer Nähe zu wenden bzw. im Freundes- und Bekanntenkreis eine diesbezügliche Initiative zu beginnen.

Vielleicht werden in einem Jahr mehr Menschen nach einer solchen Zeit-Vorsorge fragen, wenn die Beiträge zur Pflegeversicherung erhöht werden und dies das Netto-Einkommen weiter mindert. Denn die grundsätzliche Problematik ist von der Politik eben nicht erkannt worden!

Jürgen Dudeck

Weitere Informationen zur Zeittauschbörse und Kontakt zu Jürgen Dudeck vermittelt die Landesgeschäftsstelle

Telefon 0351/4940108
info@gruene-sachsen.de



Jürgen Dudeck
ist Mitglied im
KV Dresden

Der demografische Wandel und die demokratische Mitsprache

Überlegungen zur Institution „Seniorenvertretung“



Mia-Elisabeth Krüger ist Vorsitzende der LandesSeniorenVertretung für Sachsen

Mitdenken, Mitsprechen, Mitwirken – die Rechte und Pflichten eines Bürgers sind nicht an eine begrenzte Lebensphase gebunden, sie sind ihm fürs Leben gegeben. Er kann und soll entscheiden, in welchen Formen, an welchen Plätzen, mit welcher Intensität er sie wahrnimmt.

Gewährleistung und Nutzung dieser Rechte- / Pflichtenkombination sind wichtig für die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes.

Was ergibt sich daraus für die Gestaltung der demokratischen Mitsprache angesichts der immer deutlicher sichtbaren Veränderung der Proportionen zwischen den Generationen, dem täglich und in den verschiedensten Zusammenhängen zitierten demografischen Wandel?

Der Anteil der Älteren und Hochaltrigen an der Gesamtgesellschaft ist bereits sehr angestiegen und wird sich relativ und absolut weiter stark erhöhen. Brauchen wir nun etwa als Antwort eine „Altenquote“ in den Parlamenten?

Denken wir nicht zu kurz: Die Jungen werden es schwer genug haben auf dem kargen Fundament mit dem mächtigen Überbau der Alten: Wir erwarten von ihnen Bemühungen um gute Bildung, eingesetzt für ein wirtschaftliches Wachstum, das auch Belastungen durch immer mehr Ausgaben für die Betreuung der nicht mehr Arbeitsfähigen und der immer älter werdenden Vorgenerationen trägt, wir erwarten von ihnen, dass sie Verantwortung übernehmen für Kinder (nicht nur kriegen, sondern auch unterhalten und erziehen und sich zeitweise persönlich zurückzunehmen), wir möchten als Ältere nicht nur ihren finanziellen Beitrag, sondern auch Verständnis und Zuwendung, und wir möchten deshalb auch gerne, dass sie sich hier in ihrem, unseren Land wohl fühlen.

Also sollen sie es auch engagiert und kompetent mitgestalten. Sie brauchen Gehör und Beachtung, sie brauchen starke politische Mitsprache und wir sollen sie dazu ermutigen.

Also: Keine Altenquote, sondern lebendige, wirksame Formen des Zusammenwirkens der Generationen auch unter Nutzung des vorparlamentarischen Raums.

Der klassische Senat der alten Römer war ein Rat der erfahrenen Alten für die gesamte Gesellschaft. Seniorenbeiräte bzw. Seniorenvertretungen heute und hier bei uns sind auch längst schon nicht mehr nur für die unmittelbaren Belange der älteren Bürger da – obwohl da viel zu tun ist und der demografische Wandel die Probleme der Älteren noch dringlicher und vielfältiger machen wird.

Ihre Aufgabe ist Mitgestaltung einer Gesellschaft, die für alle Generationen lebenswert ist. Lösungen für eine komplizierte Zukunft finden wir nur, wenn die Rolle der Seniorenvertretungen so gesehen wird und sie selbst sie auch so verstehen.

Einige Angaben zu Seniorenvertretungen, -beiräten und -räten in Sachsen:

- Vertretungen, Beiräte und Räte haben grundsätzlich gleiche Aufgaben.
- Die Bezeichnung „Vertretung“ wird inzwischen für sie in ganz Deutschland als Oberbegriff verwendet.
- Sie sind in allen kreisfreien Städten, fast allen Kreisen und in einer wachsenden Zahl einzelner Ortschaften tätig. Sie arbeiten alle auf satzungsmäßiger Grundlage (kommunale Hauptsatzung) und können sich auf § 247 der Sächsischen Gemeindeordnung bzw. § 243 der Sächsischen Landkreisordnung beziehen. Sie sind mit einer Ausnahme (Direktwahl) delegiert und werden berufen.
- Ihr frei gewählter, vom Freistaat geförderter Dachverband ist die LandesSeniorenVertretung für Sachsen (LSVFS), die ihrerseits Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen ist.
- In den Seniorenvertretungen im Freistaat wirken derzeit 407 ältere Bürger ständig ehrenamtlich mit.

Mia-Elisabeth Krüger, Vorsitzende der LandesSeniorenVertretung für Sachsen

www.seniorenvertretung-sachsen.de



Neues Altern in der Stadt – Das Beispiel Glauchau

Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland und der daraus resultierenden gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Zukunft hatte sich Glauchau, eine noch 26 000 Einwohner zählende Stadt im Kreis Chemnitzer Land, bei der Bertelsmann Stiftung darum beworben, in das Projekt NAIS (Neues Altern in der Stadt) einbezogen zu werden.

Vor einem Jahr haben wir, Vertreter von Stadtrat, Verwaltung, Seniorenvereinigungen, Wohltätigkeitsverbänden und interessierte Jugendliche aus Schulen und Clubs, uns zusammengefunden, um unter der Anleitung der Stiftung nach Wegen für ein auch künftig lebenswertes Miteinander von Alt und Jung zu suchen.

In Workshops und Diskussionsrunden mit den verschiedensten Zielgruppen haben sich schließlich fünf Schwerpunkte für Arbeitsgemeinschaften herauskristallisiert: Erinnerungen von Zeitzeugen, gemeinsames Lernen, Dialoge der Generationen, altersgerechte Gestaltung der Umwelt und innerstädtischer Handel.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Aktivitäten in den einzelnen Arbeitsgruppen mit mehr oder weniger großen Schwierigkeiten verbunden sein werden.

Zeitzeugen zu finden, die willens und in der Lage sind, sich mündlich vor jungen Menschen oder gar schriftlich beispielsweise über die schweren Jahre des Zweiten Weltkriegs oder die Nachkriegszeit zu äußern, dürfte schon einige Zeit, Energie und Überzeugungskraft kosten. Besonders die Geschichtslehrer unserer Schulen sind daran interessiert, ihren Unterricht auf diese Art und Weise zu bereichern. Andererseits sind viele junge Leute gern bereit, ihr Wissen auf technischem Gebiet den Senioren zur Verfügung zu stellen. Ein Computerkurs arbeitet bereits erfolgreich.

In einer Zeit, wo das Zusammenleben der Generationen kaum noch üblich ist, erweisen sich organisierte und gesteuerte Aktionen als besonders wichtig. Eine Kontaktstelle als Anlaufpunkt für Personen aller Altersgruppen, die Rat und Hilfe suchen, aber auch für die Bürger, die gern ihr Wissen, ihre Zeit für andere opfern, ist das Ziel der kommenden Wochen und Monate. Hier ist die Kommune gefordert, die entsprechenden Räumlichkeiten möglichst kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Wir haben in Glauchau eine Industriebrache, die – von einigen Werkhallen abgesehen – einen Stadtbild prägenden und daher unbedingt erhaltenswerten Gebäudekomplex darstellt. Hier wäre der ideale Standort für ein Forum der Generationen mit Räumlichkeiten für Ausstellungen, Vorlesungen, Sport, Gastronomie und vieles mehr. Auch ein

Betreiber hat sich längst gefunden, der allerdings auf die finanzielle Unterstützung der Kommune angewiesen ist.

Und an diesem Punkt scheiden sich die Geister. Die vom Land in Aussicht gestellten Fördermittel scheinen reichlich, doch die Verwaltung warnt vor Folgekosten in den nächsten Jahren. Das Misstrauen gegenüber modernen Finanzierungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Beteiligungsgesellschaften, ist vielleicht begründet und daher typisch für die neuen Bundesländer. Man hat uns schon zu oft im „Regen stehen lassen“!

Wenn eine Stadt trotz eines ständig steigenden Altersdurchschnitts leben und gedeihen möchte, dann muss sie dafür sorgen, dass die Gäste aus nah und fern sich in ihr wohl fühlen. Glauchau gilt seit mehr als einem Jahrhundert als Park- und Gartenstadt und es ist dringend erforderlich, dass eine Reihe von Wegen und Anlagen besonders für ältere Menschen wieder attraktiver gestaltet wird.

Gleiches gilt für das Zentrum der Stadt. Hier können schon eine freundliche und geduldige Bedienung, ein behindertengerechter Ladeneingang, Plätze zum Verweilen, aber natürlich auch öffentliche Toilettenanlagen darüber entscheiden, ob eine Stadt von ihren Bürgern und deren Gästen angenommen wird.

Anfangserfolge ermutigen zu weiteren Aktivitäten, aber für alle, die an dem Projekt mitarbeiten, heißt es, noch an viele Türen zu klopfen, um Hilfe zu bitten und Überzeugungsarbeit zu leisten, immer in dem Bewusstsein, wir tun es für unsere Stadt, für uns und unsere Kinder.

Helga Scheurer, Jahrgang 1938, Lehrerin für Deutsch und Russisch und Gymnasialdirektorin i.R.



Helga Scheurer ist seit 1990 für die SPD Stadträtin in Glauchau

TERMIN

12. Sächsische Seniorentage
20. – 21. September
Glauchau

Andere reden über Alte – bei uns machen Alte Politik

Alte Menschen und die demografische Entwicklung insgesamt sind zurzeit in aller Munde. Keine Talkshow, kein Leitartikel wo dies nicht – meist mit entsprechend sorgenvollem Unterton – angesprochen wird. Ein paar alte Menschen, so der Tenor, sind ja ganz nett, aber gleich so viele?

Und selbst bei einigen Alten und Älteren ist der Begriff Alte verpönt und wird entsprechend gemieden. Eigentlich schade, denn was wäre die Jugend ohne ein positives Altersbild und wie viel wert sind Alte, die sich selbst verleugnen?

Die GRÜNEN ALTEN wollen offensiv für eine positive Kultur des Alters und für ein langes Leben in Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung werben.

Die GRÜNEN ALTEN sind ein Verein, der das Ziel hat, Teil des Bundesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu werden. Derzeit sind es auf Bundesebene gut 80 Mitglieder. Die GRÜNEN ALTEN arbeiten eng mit dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion zusammen. In Hessen und Berlin gibt es zurzeit je eine Landesarbeits-

gemeinschaft, in zwei weiteren Landesverbänden wird ähnliches geplant.

In ihrem Programm fordern die GRÜNEN ALTEN in erster Linie ein selbstverantwortliches Leben im Alter, auch für Hilfs- und Pflegebedürftige und Menschen mit besonderen Anliegen, wie alte Migranten. Sie setzen sich für den Zusammenhalt der Generationen, bürgerschaftliches Engagement und lebenslanges Lernen sowie ein Recht auf Kultur für alle Generationen auch in ländlichen Regionen ein.

Am 7. Dezember 2005 wurde in Brüssel im Europaparlament auf belgische Initiative das europäische Netzwerk Grüner Senioren ENGS gegründet. Die Gründungsmitglieder kommen von acht Parteien aus sieben Ländern: Belgien, England, Finnland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Deutschland. Unter ihnen sind Gründungsmitglieder ihrer nationalen grünen Parteien.

Gundula Schmidt-Graute, KV Dresden unter Mitarbeit von Ingrid Borretty, Vorsitzende DIE GRÜNEN ALTEN

www.gruene-alte.de

Vollbeschäftigung ist möglich!?

Die Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg



**Monika Lazar
ist Mitglied im
KV Leipzig Land**

Immer häufiger ist in der regionalen und überregionalen Presse vom Modell Bürgerarbeit à la Bad Schmiedeberg zu lesen. Wie sieht es vor Ort aus und wie ist die Stimmung unter den Bürgerarbeitern? Ich wollte mich persönlich umsehen und lud eine sächsische bündnisgrüne Delegation im Juni zu einem Vor-Ort-Gespräch mit verschiedenen Beteiligten des Bad Schmiedeberger Modells.

Ausgangspunkt und Anspruch des Modells ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und somit den mit dem Hartz-Gesetzen beschlossenen Wandel zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik tatsächlich umzusetzen. So soll jeder arbeitslosen Person in Bad Schmiedeberg reguläre oder Bürgerarbeit angeboten werden. Ziel ist die Prüfung und Aktivierung der Chancen für den ersten Arbeitsmarkt. In einer zweiten Stufe werden zeitnah die „marktnahen Kunden“ (interne Bezeichnung) vermittelt. Hemmenden Qualifikationsdefiziten wird in einer dritten Stufe mit Gutscheingeboten, beispielsweise für Computerkurse begegnet. In einer vierten Stufe wird allen Nichtvermittelbaren eine Bürgerarbeit angeboten. Oberste Priorität hat dabei die Nichtverdrängung regulärer Arbeitsplätze. Die Tätigkeiten liegen hauptsächlich

im sozialen Bereich: Vereine, Verbände, Schulen und die Seniorenbetreuung profitieren davon. Die Betreuung älterer Menschen umfasst dabei laut Kriterienkatalog im Wesentlichen Begleitdienste zu Behörden, Gesundheitseinrichtungen, bei Spaziergängen, zu Kino- oder Theaterbesuchen sowie Gespräche, Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung der Freizeitgestaltung, Gespräche und Unterstützung bei tagesstrukturierenden Maßnahmen. Ausdrücklich soll keine Pflegearbeit geleistet werden.

Bei der Diskussion wurde auf das entworfene Qualitätssiegel hingewiesen. Als Qualitätsmerkmale des Modellprojekts wurde die Vierstufigkeit des Verfahrens, die intensive Betreuung durch zwei, ausschließlich für Bad Schmiedeberg abgestellte Arge-Mitarbeiterinnen, die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der ausführliche Kriterienkatalog zusammengefasst. Es umfasst ebenso die Regelung der Arbeitszeit und Vergütung. Bürgerarbeit wird, abhängig von den Anforderungen der Tätigkeit, zwischen 675 Euro und 975 Euro brutto entlohnt und umfasst 30 Stunden pro Woche. Die restliche Zeit soll insbesondere für Bewerbungen, Weiterbildung und begleitende Gespräche zur Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt dienen.

„Eine Frage der sozialen Selbstbestimmung“

Zu einer „Verwirklichung sozialer Bürgerrechte“ und zur „Befähigung zum selbstbestimmten Leben“ müsse die Diskussion um die Grundabsicherung führen. Mit diesem Aufruf eröffnete Katrin Göring-Eckardt am 7. Juli die Sozialkonferenz zum Thema „Die Zukunft des Sozialstaates – Selbstbestimmung und Sicherheit: Grüne Ideen zu Grundsicherung und Grundeinkommen“ in Leipzig. Etwa siebzig Interessierte folgten der Einladung der Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, um mit anwesenden Experten die Fragen der Grundsicherung und des Grundeinkommens zu diskutieren. Nach dem gemeinsamen Auftakt teilten sich die Anwesenden in vier verschiedene themenspezifische Arbeitsgruppen auf.

Während die individuelle Absicherung die Diskussion in der von Astrid Rothe-Beinlich geleiteten Workshop „Sozi-

ale Sicherung und Geschlechtergerechtigkeit“ bestimmte, erläuterte Britta Haßelmann im von ihr begleiteten Workshop („Soziale Sicherung und demografischer Wandel“ – moderiert von Eva Jähnigen) die Interdependenzen zwischen demografischen Wandel und Grundabsicherung. Anders in der Gruppe „Wechselwirkungen zwischen sozialen Sicherungssystemen und Arbeitsmarkt“. Hier wurde die derzeit herrschende Diskussion um einen Mindestlohn aufgegriffen. Mit dem Sozialwissenschaftler Dirk Jacobi und der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar sprachen die Interessierten über die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen einer Grundabsicherung sowie die Bedeutung von Erwerbsarbeit und sozialem Engagement. Darüber hinaus betrachtete Manuel Emmler, selbst Initiator eines Grundabsicherungsmodells, unter der Diskussionsleitung von Christoph Erdmenger im Workshop „Finanzierung zukünftiger sozialer Sicherungssysteme und ihre volkswirtschaftliche Wirkungen“, mit den Anwesenden Grundsicherung und Grundeinkommen unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Steffi Lemke, stellten Antje Hermenau, Gisela Kaltenbach, die Thüringer Landesvorstandssprecherin Astrid Rothe-Beinlich und Elke Herrmann die Ergebnisse der einzelnen Workshops vor.

Martin Böttcher, KV Leipzig



Martin Böttcher ist Sprecher der AG Sozialpolitik des KV Leipzig



Die Zahlen sprechen für sich: Die Arbeitslosenquote sank im Ort von 15,1% im September 2006 auf aktuell 4,5%, wobei die verbliebene Quote im Wesentlichen auf Fluktuations- und Winterarbeitslosigkeit sowie auslaufenden Arbeitsgelegenheiten und Rehabilitationsfällen beruht. Von den erfassten Arbeitslosen meldeten sich bereits zu Beginn des Projektes 23% in Arbeit ab, die meisten konnten aufgrund der intensiven Betreuung der Arge und Vernetzung mit Unternehmen in die Region vermittelt werden. Aktuell gibt es 106 zufriedene BürgerarbeiterInnen vor Ort.

Einige Fragen konnten auch vor Ort nicht geklärt werden:

- Ist die in Bad Schmiedeberg erreichte Vollbeschäftigung nur aufgrund einer Vergütung möglich, die eine zusätzliche Aufstockung durch ALG II bei der Hälfte aller arbeitenden Menschen erfordert?
- Funktioniert eine solche Förderung nur in Verbindung mit angekündigten Sanktionen – in Form von Leistungskürzungen unter das Existenzminimum? Und das obwohl doch energisch darauf hingewiesen wurde, dass die Arbeitslosen von Bad Schmiedeberg alle arbeiten wollen?

- Wie werden gerade im sozialen Bereich die notwendigen Qualifikationen für den Umgang mit Alten, Behinderten, Schülern überprüft bzw. sichergestellt? Und werden nicht doch reguläre Stellen im sozialen Bereich eingespart bzw. nicht neu geschaffen?

Manche Fragen konnten, manche Fragen sollten wohl nicht beantwortet werden. Sie sollten aber trotz des offensichtlichen Erfolges auch weiterhin gestellt und in Anbetracht einer flächendeckenden, über die Modellbefristung hinausgehenden, Einführung und im Sinne der Qualität der sozialen Arbeit auch beantwortet werden.

Monika Lazar, Mitglied des Bundestages
monika.lazar@wk.bundestag.de



Wir fordern die Vernichtung aller Genmais-Flächen!



Genmaisbau in Sachsen

erfolgt auf Flächen in den Gemarkungen Arzberg, Bad Düben, Bärnsdorf, Bauda, Berbisdorf, Bieberach, Bischheim, Cunnersdorf, Drehsa, Ebersbach, Gnaschwitz, Haeslich, Kossa, Krauschütz, Loßwig, Nasseböhl, Ober-Ebersbach, Obersteina, Radeburg, Sacka, Skäßchen, Süptitz, Tauscha, Treugeböhla, Uebigau, Weidenhain, Wiednitz und Zella.

Flächenregister

www.gruene-sachsen.de/gentechnik.html

Unsere Aufforderung an die Sächsische Staatsregierung im Mai 2007, die 570 Hektar Genmaisflächen in Sachsen zum Schutz der heimischen Umwelt und Natur sofort zu vernichten, wurde vom zuständigen Ministerium wegen angeblicher Nichtzuständigkeit zurückgewiesen.

Gleichzeitig räumte Minister Stanislaw Tillich (CDU) in einem Pressegespräch im Mai ein, dass die Haftungsfragen für Folgeschäden aus dem Genmaisbau nicht geklärt sind. Er forderte zudem die Landwirte auf, keinen Genmais MON810 anzubauen.

Bei allen politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene blieben bisher die bereits tatsächlich angebauten Genmaisflächen außer Acht.

Sachsen steht beim Genmaisbau nach Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern flächenmäßig an dritter Stelle in Deutschland. Die Anbauflächen liegen in den Landkreisen Bautzen, Delitzsch, Kamenz, Meißen, Riesa-Großenhain und Torgau-Oschatz.

Angesichts dieser massiven Betroffenheit unseres Landes, ist die Untätigkeit der Staatsregierung politisch nicht hinnehmbar. Es muss alles getan werden, die massiven Bedrohungen aus dem Genmaisbau für unsere Umwelt und Natur, aber auch für die Existenz der Imkereien, abzuwenden.

Wir werden deshalb weiterhin alles dafür tun, dass der Anbau von Genmais in Sachsen keine Zukunft hat.

Um die Betroffenheit vieler Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch der weitgehend kritischen Bauernschaft deutlich zu machen, haben wir ein flächenscharfe Standortregister aller Genmaisflächen in Sachsen erstellt.

Aus Platzgründen können an dieser Stelle leider nicht die Einzelflächen genannt werden. Das vollständige Register kann auf der Website des Landesverbandes herunter geladen werden.

Rudi Haas, Landesvorstandssprecher
rudolf.haas@gruene-sachsen.de

Klima, Bundesstraße und natürlich die Waldschlösschenbrücke

Die Kreiskonferenz am 23. Juni in Dresden mit „typisch grünen“ Themen

Die Kreiskonferenz fand bezeichnenderweise im City-Center der Energie Sachsen Ost GmbH (enso) statt – Klimapolitik war ja auch das Schwerpunktthema. Neben politischen Reden von Reinhard Bütikofer und Antje Hermenau gab es einen einführenden Vortrag von Rudi Haas zur Klimakampagne. Er stellte die verschiedenen Aktionen und Materialien und die Terminbörse bis zur Landtagswahl 2009 vor. Beispielsweise sollen auf regionaler und lokaler Ebene überparteiliche Klimabündnisse gegründet bzw. organisatorisch unterstützt werden. Bis Jahresende stehen schon 65 Termine mit Veranstaltungen in ganz Sachsen auf dem Programm. Dabei machte Rudi nochmals deutlich, dass der Ausstieg aus der Braunkohle und der Ausbau der Erneuerbaren Energien nachhaltig neue Arbeitsplätze schafft und den Wirtschaftsstandort

Sachsen modernisiert und sichert. Die Klimakampagne hat vor Ort bereits begonnen, wie die kurzen Berichte von Vertretern der verschiedenen Kreisverbände zeigten. Details gibt es – immer wieder aktuell auf www.gruene-sachsen.de/klima

Passend dazu forderte der Kreisverband Leipzig die Landtagsfraktion auf, einen Antrag auf Änderung des Sächsischen Reisekostengesetzes einzubringen: Es soll künftig möglich sein, bei unvermeidlichen Flugreisen in Ausgleichsfonds wie Atmosfair einzuzahlen. Das müsste doch eigentlich fix durchs Plenum rutschen, wenn man die vielen Klimaschutzbekenntnisse sächsischer Politiker mal ernst nimmt.

Andere Anträge befassten sich mit dem Kampf des Kreisverbandes Aue-Schwarzen-

berg und der Landesarbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum gegen den Bau der B 93n zwischen Schneeberg und Karlovy Vary (Karlsbad) – überdimensioniert, umweltschädlich und natürlich übersteuert und mit der unvermeidlichen Waldschlösschenbrücke: Aufforderung an Landes- und Bundesregierung auf einen Kompromiss hinzuwirken, auf dass der Welterbetitel für das Dresdner Elbtal erhalten bleibe.

Im parteiinternen Teil ging es noch um Strategien zur Kreistagswahl 2008 in den neuen Großkreisen.

Gundula Schmidt-Graute, KV Dresden

Weitere Informationen und Beschlüsse:
www.gruene-sachsen.de/kk2007.html

Deutsche Soldaten im Auslandseinsatz

Veranstaltung der Grünen Jugend
mit Winfried Nachtwei in Dresden

Am 15. September findet ein von der Parteibasis einberufener Sonderparteitag zum Thema Afghanistan statt. Es soll über die im Herbst anstehenden Abstimmungen im Bundestag über die Verlängerung der Mandate für den Tornado-Einsatz der Bundeswehr, das Engagement im Rahmen des ISAF-Mandates (internationale Friedenstruppe), sowie die Beteiligung an den OEF-Einsatzkräften (Operation Enduring Freedom = Kampfeinsatz zur Verfolgung von Terroristen in Afghanistan) diskutiert werden.

Die Grüne Jugend Dresden hat noch bevor der Sonderparteitag beschlossen war zwei Veranstaltungen zu Friedenspolitik organisiert. Die Veranstaltung „Deutsche Soldaten im Auslandseinsatz“ mit Winfried Nachtwei, dem friedens- und sicherheitspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, und Hauptmann Holger Groß von der Bundeswehr fand am 29. Juni im Jugendhaus Dresden-Gorbitz statt. Am 3. Juli gab es noch einen Informationsabend zu zivilen Friedensdiensten zur langfristigen Konfliktbearbeitung und Versöhnung zwischen Kriegsparteien.

Holger Groß informierte die jungen Leute anhand von Kartenmaterial über die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan. Winfried Nachtwei sieht die Bundeswehr dort nach wie vor in der Verantwortung. Man könne sich jetzt nicht, nachdem der vom UN-Sicherheitsrat beschlossene ISAF-Einsatz durchgeführt wurde, zurückziehen und das Land sich

selbst überlassen. Um die Sicherheit und ein Wiederaufbau des Landes zu ermöglichen, seien die Truppen weiterhin dringend nötig. Deutschland würde halbe Sache machen, würde es sich bei der ISAF-Truppe beteiligen aber die Tornados zurückhalten.

Sehr problematisch sei der gleichzeitig stattfindende Einsatz der Operation Enduring Freedom (OEF), der keinerlei völkerrechtliche Legitimation besitze, sondern sich allein auf den im Jahr 2001 einberufenen Verteidigungsfall laut NATO-Vertrag der USA beruhe. Die im Rahmen der OEF stattfindenden Kampfeinsätze zum Aufspüren und Bekämpfen terroristischer Kräfte könnten von der Bevölkerung nicht sauber von denen der ISAF-Truppen unterschieden werden. Da OEF-Truppen kämpferisch und unter amerikanischem Befehl wirkten, führe dies zwangsweise zu einem großen Imageschaden und einer Zunahme der Gefährdung aller Soldaten, die im Rahmen der ISAF/UNO-Mission an einem Aufbau des Staates beteiligt seien sowie ihrer Bemühungen und Absichten.

Diese bisher nur offizielle Trennung ließe sich wohl nur durch einen vollständigen Rückzug aus der Beteiligung an der OEF verwirklichen. Eine weitere Verwischung finde bei der Verwendung der Bilder statt, die im Rahmen der Tornado-Einsätze gemacht werden, hier gebe es aber zahlreiche Maßnahmen eine Verwendung der Bilder für OEF zu verhindern.

Weitere Fragen des Publikums beschäftigten sich mit dem Einfluss der USA auf die Regierung von Afghanistan und Strategien im Umgang mit Warlords (einheimische Führer von zum Teil auf ethnischer Basis operierenden Privatarmeen).

Friedenspolitisch fast noch brisanter scheinen aber die unentwegten Rüstungsexporte Deutschlands und anderer Industrienationen. Die Bundesregierung hat sich jedoch laut Winfried Nachtwei unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit dem Weißbuch 2006 von der Prämisse einer restriktiven Rüstungsexportpolitik verabschiedet. Während über Mandate der Bundeswehr im Bundestag abgestimmt und in der Öffentlichkeit diskutiert werde, würden Rüstungsexporte im geheimen Sicherheitsrat der Bundesregierung beschlossen. Bundestagsabgeordnete und Öffentlichkeit könnten derzeit froh sein, wenn sie Monate später von den Exporten erfahren! Doch Rüstungsexporte seien in Krisenregionen kein Beitrag zur Krisenprävention, sondern schürten in der Regel Konflikte. Sie sollten keinerlei wirtschaftlichen Interessen folgen!

Anselm Zebner, KV Dresden und Grüne Jugend Dresden

www.gruene-jugend-dresden.de
www.nachtwei.de
www.ziviler-friedensdienst.org
www.forumzfd.de

LAG ÖKOLOGIE

Interview mit Klaus Gaber, Sprecher der LAG Ökologie



Klaus Gaber

Wie lange gibt es die LAG Ökologie schon, und wer hat sie initiiert?

Bereits in der ersten Legislaturperiode des Sächsischen Landtages gab es eine LAG Ökologie, daneben auch eine LAG Abfall. Beide arbeiteten mit starker organisatorischer Unterstützung von Mitgliedern und Mitarbeitern der damaligen Landtagsfraktion. Anfang 2002 wurde die LAG Ökologie wieder belebt. Den Anstoß dazu habe ich gegeben. Ohne die Unterstützung altbewährter grüner ÖkologInnen aus allen Teilen Sachsens wäre das aber nicht möglich gewesen.

Du bist ja DER Ökologie-Politiker von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen. Kannst Du bitte Deinen politischen Werdegang auch vor 1989 skizzieren?

Ich befasse mich seit vielen Jahren mit Umweltproblemen, möchte mich aber an dieser Stelle nicht gegenüber anderen herausgestellt sehen, die sich sehr engagiert für Natur und Umwelt auf ganz unterschiedlichen Ebenen einsetzten und deren Sachkenntnisse ich bewundere. Darin besteht ja die Chance für eine sachkompetente Arbeit in einer LAG.

Für mich begann das Umweltengagement in verschiedenen kirchlichen Umweltgruppen Ende der 70er Jahre, ausgelöst durch den Club of Rome - Bericht „Grenzen des Wachstums“. Da mir die politische Dimension der Umweltprobleme bewusst war und ich grundsätzliche Veränderungen wollte, führten mich die Umwälzungen 1989 in politische Positionen: Mitglied der Gruppe der 20, Landtagsabgeordneter von 1990 bis 1994, danach Beigeordneter für Umwelt und Kommunalwirtschaft in Dresden bis 2001.

Wie viele Mitglieder hat die LAG und sind sie auch außerhalb der Partei im Umweltbereich engagiert bzw. arbeiten auf diesem Gebiet?

Von den etwa 20 Mitgliedern der LAG Ökologie arbeiten die meisten auch in anderen Zusammenhängen wie z. B. in Verwaltungen und Natur- und Umweltverbänden an ökologischen Aufgaben.

Was habt Ihr Euch als nächstes vorgenommen?

Während wir uns in den früheren Jahren vor allem mit strukturellen Umweltfragen, wie Abfallentsorgung, Gesteinsabbau, Abwasserentsorgung und Aufbau der Verwaltungsstrukturen, also eher mit regionalen Problemen befassten, treten jetzt die globalen Fragen wie Klimaveränderung, Artenschwund und Gentechnik in den Vordergrund. Aktuell wollen wir uns in die Klimakampagne des Landesvorstandes einbringen. Dabei gibt es vielfältige Bezüge zu den uns naheliegenden Themen wie Biodiversität, Gehölzschutz, Bodenschutz, Emissionsschutz und Wasserhaushalt.

Da der Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit ist, erhoffen wir eine LAG-übergreifende Zusammenarbeit in Bereichen der Landnutzung, des Verkehrs und der Energie, aber auch des individuellen Verhaltens und des Paradigmenwandels in der Gesellschaft. Wir brauchen immer wieder neue Impulse von außen, also auch durch neue Interessenten an einer Mitarbeit in unserer LAG, zu der ich herzlich einlade.

lag.oekologie@gruene-sachsen.de

LAG BILDUNG

Auf ihrer letzten Sitzung beschloss die LAG, Kreisverbände bei Erstellung von Kommunalwahlprogrammen zu unterstützen. Grüne Eltern sollen motiviert werden, im Herbst für Elternräte zu kandidieren. Die LAG erarbeitet Unterstützungsangebote für die neuen Elternräte.

In die Klimakampagne will sich die LAG mit einer Ideensammlung zur praktischen Umsetzung des Klimathemas in Schulen, zur Ausgestaltung von Projekttagen und mit Projektideen einbringen.

Die sozialpolitische Debatte wurde mit einer Auswertung der Sozialkonferenz weitergeführt. Die LAG plädiert für eine bedarfsabhängige Grundsicherung mit Bonus für Bildungsaktivitäten sowie wahlfreie Qualifizierungsangebote. Wichtig sei die vorrangige Finanzierung von Bildung vor allem anderen durch den Staat, entweder direkt (kostenlose Angebote) oder indirekt (Geld für Bildung den Leuten in die Hand geben).

lag.bildung@gruene-sachsen.de

LAG MOBILITÄT UND VERKEHR

Im Frühjahr hatten wir beschlossen, unsere nächste Sitzung als Klausur zu gestalten und aufgrund gemeinsamer Themen, wie den demografischen Wandel, zusammen mit den Verkehrs-LAGs aus Thüringen und Sachsen-Anhalt zu tagen.

Um die umfangreiche Tagesordnung zu schaffen, trafen wir uns bereits in kleiner Runde am Abend des 13. Juli in der Geschäftsstelle des KV Leipzig. Einziges Thema war die Einbringung der LAG in die Klimakampagne. So wollen wir Aktionen zur Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen entwickeln. Wir wollen aber auch verhindern, dass die Verteuerung der Mobilität durch den Klimawandel einseitig auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft ausgetragen wird. Daher verfolgen wir eine Strategie, die auch im ländlichen Raum auf den klima- und sozialverträglichen ÖPNV setzt: durch einen attraktiven Sachsen-Takt und -Tarif sowie alternative Mobilitätskonzepte, damit vom Bahnhof die Feinverteilung in die Fläche klappt.

Am 14. Juli fand dann nach mehreren Jahren wieder eine gemeinsame Sitzung mit an Verkehrsfragen Interessierten aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen statt. Themen waren u. a. eine landesgrenzüberschreitende Flughafenplanung und der Börsengang der DB AG. Flughäfen neben Leipzig/Halle werden z. T. hochgradig subventioniert. Wir wollen von den drei Landesregierungen ein Konzept mit strengen Umwelt- und Sozialstandards einfordern, um so die Schließung dieser Flughäfen zu erzielen. Zum drohenden Bahn-Börsengang mit Netz verabschiedeten wir eine gemeinsame Presseinfo, in der auf die Gefahr der weiteren Netzausdünnung in den drei ostdeutschen Flächenländern hingewiesen wurde. Wir wollen uns künftig einmal im Jahr gemeinsam treffen.

Matthias Böhm, Sprecher LAG Mobilität und Verkehr

lag.verkehr@gruene-sachsen.de

Landesarbeitsgemeinschaften im Internet

Auf der Website des Landesverbandes stellen sich die LAG mit ihren Themenschwerpunkten, nächsten Terminen und Kontaktmöglichkeiten vor:

www.gruene-sachsen.de/lag.html

Nachrichten aus den Kreisverbänden

Weißeritzkreis

Dorfhains Eigenständigkeit erhalten!

„Dorfhain soll auch in Zukunft als eigenständige Gemeinde erhalten bleiben“, erklärt Michael Funk, der für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das Amt des Bürgermeisters kandidiert. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes hatte den Dorfhainer am 9. August einstimmig gewählt.

„Dorfhain ist gut aufgestellt, um auch in Zukunft einen eigenen Weg zu gehen“, ist Michael Funk überzeugt. „Dabei sollten wir auch in Zukunft die Vorzüge der Verwaltungsgemeinschaft mit Tharandt weiter ausbauen und eine intensive Kommunikation über gemeinsame Vorhaben mit der Nachbargemeinde pflegen.“

Für den Familienvater, der auch Vorsitzender des Fördervereins Kinder Dorfhain e.V. und Gemeinderat ist, spielt Familienfreundlichkeit eine große Rolle. Dabei sind die Angebote für Kinder genauso auszubauen wie die die Erreichbarkeit des Ortes mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Der Grüne betrachtet auch den Klimaschutz als eine kommunale Angelegenheit. Deshalb sollen künftig in der Gemeinde Energieeinsparpotenziale und die Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien noch intensiver analysiert werden. „Öffentliche Einrichtungen müssen hier eine Vorbildfunktion er-

füllen. Langfristig hilft das auch der Haushaltskasse der Kommune“, glaubt Michael Funk.

„Wir freuen uns sehr, dass Michael Funk sich bereit erklärt hat, für das Amt des Bürgermeisters in Dorfthain zu kandidieren“, erklärt Kreisverbandssprecher Andreas Warschau. „Ich bin überzeugt, dass wir einen glaubwürdigen Kandidaten präsentieren, der fest im Leben der Kommune verankert ist und das Gespür für die Bedürfnisse der Menschen im Ort hat. Michael Funk ist deshalb eine gute Wahl für Dorfthain.“ Die Grünen haben lange über einen eigenen Kandidaten diskutiert. „Ich glaube, es steht in der guten Tradition des ‚gallischen Dorfes‘, eine echte Wahl durchzuführen und das Feld nicht von vornherein kampfflos zu räumen“, begründet der GRÜNEN-Kreisvorsitzende die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Es sei wichtig, bürgernahe Strukturen vor Ort zu stärken und der allgemeinen Zentralitis ein Gegengewicht zu bieten.

www.gruene-weisseritzkreis.de

Westlausitz

Gegen Müllkraftwerk in Leppersdorf

Mit einer Anfrage im Sächsischen Landtag wollen die Westlausitzer GRÜNEN mehr Licht in die Kraftwerksplanungen von Müller Milch bringen. Denn die Charmeoffensive mit der der Molkereimonarch sein neues altes Müllkraftwerk den Leppersdorfern schmackhaft machen

möchte, hat einen faden Beigeschmack und der heißt Müllimport und Schadstoffausstoß. Ein neuer Standort löst eben nicht die alten Probleme.

Der Kreisverband wird sich darum weiterhin konsequent für die Nutzung regenerativer Energiequellen einsetzen – auch und gerade in Leppersdorf.

www.gruene-wl.de

Mittelsachsen

Regionalverband Mittelsachsen gegründet

In Vorbereitung der Kreisreform haben die GRÜNEN-Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida am 13. Juli 2007 den Regionalverband Mittelsachsen gegründet.

Wie Dan Fehlberg, Vorsitzender des Kreisverbandes Mittweida, erklärte, verbinden die Mitglieder damit den Wunsch nach effektiverer Zusammenarbeit über die derzeit noch bestehenden Kreisgrenzen hinweg sowie die Stärkung der politischen Arbeit vor Ort. Durch den Zusammenschluss sollen auch neue Schwerpunkte gesetzt werden, unter anderem durch die Umsetzung der landesweiten Klimakampagne in der Region.

www.gruene-mittweida.de

Dresden

Vorbereitung auf OB-Wahl

Die Dresdner Bündnisgrünen sind bereit, eine eigene Kandidatin oder einen eigenen Kandidaten zur kommenden Oberbürgermeisterwahl aufzustellen.

Diesen Beschluss fällte die Mitgliederversammlung am 17. Juli einstimmig. Zwar sei man weiterhin offen für eine überparteiliche Kandidatur, so Stadtvorstandssprecher Achim Wesjohann: „Aber die Kandidatur von Peter Lames (SPD) macht diese Option unwahrscheinlicher. Mit diesem Beschluss reagieren wir auf die veränderte Situation.“ Der Kreisverband plädiert für ein gemeinsames

Vorgehen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Die LINKE im zweiten Wahlgang. „Jede dieser Parteien kann das ihre beitragen, um diesen zweiten Wahlgang zu ermöglichen“, so Wesjohann. Dazu müssten die jeweiligen Wählerpotenziale voll ausgeschöpft werden.

Da der Prozess des suspendierten Oberbürgermeisters Ingolf Roßberg (FDP) vor dem Landgericht Dresden neu aufgerollt werden muss, ist mit der OB-Wahl erst zum regulären Termin im Juni 2008 zu rechnen.

Über das weitere Vorgehen hat der Kreisverband nach Redaktionsschluss entschieden.

www.gruene-dresden.de

Löbau-Zittau

Teilerfolg im Nahverkehr

Der seit Ende 2006 verkehrende Anruf-Bus zwischen Löbau und Weißenberg wird auf weitere Orte ausgedehnt. Siedlungen wie Galgenberg und Dolgowitz erhalten nach jahrelanger völliger Abkopplung vom Busnetz nun endlich ein attraktives Angebot ÖPNV.

„Das ist ein Teilerfolg unserer Proteste nach der konzeptionslosen Kürzung des Landkreises im Busverkehr: Den Anruf-Bus haben wir immer als kostengünstige Alternative genannt.“, meint Matthias Böhm, verkehrspolitischer Sprecher des Kreisverbandes. Er hatte im Frühjahr eine Unterschriftenaktion gegen die Streichung von Buskursen organisiert, an der sich über 1.000 Einwohner beteiligten.

www.gruene-loebau-zittau.de

Sächsische Schweiz

Bundestagsbüro in Pirna

Nach Umzug aus Dresden wurde das Regionalbüro Ostsachsen des Bundestagsabgeordneten Peter Hettlich Mitte August in zentraler Lage in der Pirnaer Altstadt wiedereröffnet.

www.peter-hettlich.de

Neue Mitarbeiter bei DAKS und Weiterdenken

Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens hat seit August mit Burkhard Philipp einen neuen Vorstandsreferenten. Kathrin Bastet ist seit dem Sommer neue Bildungsreferentin für das Bildungswerk Weiterdenken.

Wir werden Kathrin und Burkhard in der nächsten Ausgabe des Aufwind ausführlich vorstellen.

www.daksev.de
www.weiterdenken.de

TERMINE

September

12. September

18.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
Landesvorstand

22. September

LAG Hochschule

29. September

Dresden
LAG Bildung

Oktober

24. Oktober

18.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
Landesvorstand

26./27. Oktober

Landesdelegiertenkonferenz

November

10. November

Dresden
LAG Bildung

14. November

18.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
Landesvorstand

24. November

LAG Hochschule

Dezember

5. Dezember

18.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
Landesvorstand

14. Dezember

Aufwind erscheint

14. November

18.00 Uhr
Dresden, Landesgeschäftsstelle
Landesvorstand

Weitere Termine bei:

Bildungswerk Weiterdenken
www.weiterdenken.de

Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens
www.daksev.de

Landtagsfraktion
www.gruene-fraktion-sachsen.de

„Unterwegs im Auftrag des Klimas“

Farbe bekennen für den Klimaschutz mit unseren neuen T-Shirts. Jetzt für 15 Euro bestellen.

Für Herren sind Jake und Elwood auf normalen T-Shirts oder Poloshirts im Auftrag des Klimas unterwegs. Das sommerliche Ladyshirt in Stretchqualität mit V-Ausschnitt ziert eine Sonnen(blumen)brille.

Die Größen der Herrenmodelle fallen eher großzügig aus, die Damengrößen eher knapp.

Klickt euch Modell, Farbe, Größe und Stückzahl online im Konfigurator zusammen oder bestellt per Telefon. Bei Nichtverfügbarkeit von Wunschgröße oder -farbe bieten wir Alternativen an.



Bestellung online oder telefonisch:
www.gruene-sachsen.de/t-shirts.html
0351/494 01 08

Klimakongress der Landtagsfraktion

am 1. Dezember, 10–17 Uhr, im Kulturpalast Dresden

Es besteht kein Zweifel mehr, der Klimawandel ist da. Er begegnet uns nicht nur auf den Titelseiten der Zeitungen, sondern er beeinflusst schon jetzt viele Bereiche unseres Lebens. Und auch in der Politik bleibt kein Fachbereich vom Klimawandel unberührt – längst ist er Gegenstand der Unterrichtsmaterialien in den Schulen und bietet Diskussionsstoff für Finanz- und Wirtschaftspolitiker.

Dutzende parlamentarische Initiativen und öffentliche Veranstaltung zeigen: Im politischen Alltag der grünen Landtagsfraktion sind Klimawandel und Klimapolitik von zentraler Bedeutung. Der Kongress ist die logische Fortsetzung des Bestrebens, den Klimawandel im Freistaat Sachsen entsprechend seiner Bedeutung zu behandeln: „Als die größte Herausforderung der Politik im 21. Jahrhundert“ (Prof. Klaus Töpfer, ehemaliger Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen).

Alle Abgeordneten der GRÜNE-Fraktion beteiligen sich an der Ausgestaltung des Kongresses. Er soll helfen, den in Sachsen vorhandenen Sachverstand zusammenzuführen, die Diskussion zu intensivieren und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Neben der Analyse des Sachstandes wollen wir mit unserem Kongress auch Mut machen, die Herausforderung anzunehmen und aktiv zu werden. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns zu diskutieren.

Genaueres Programm mit Ablauf und Referentenliste sowie Anmeldemöglichkeit:
www.wir-sind-klima.de/kongress

Einladung zur Landesdelegiertenkonferenz

am 26. / 27. Oktober 2007

Der Dauerbrenner Klimaschutz bestimmt auch die Tagesordnung des Parteitages im Herbst. Diesmal stehen die Erneuerbaren Energien und die Zukunft der Braunkohle im Freistaat im Mittelpunkt der Debatte. In Vorbereitung auf die Bundesdelegiertenkonferenz im November in Nürnberg wer-

den Positionen zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme erarbeitet.

Nicht zuletzt wird die Anpassung der Parteistrukturen in Hinblick auf die 2008 erwartete die Kreisgebietsreform auf der Tagesordnung stehen.

Anmeldung: info@gruene-sachsen.de oder 0351/494 01 08
weitere Informationen: www.gruene-sachsen.de/ldk2007.html